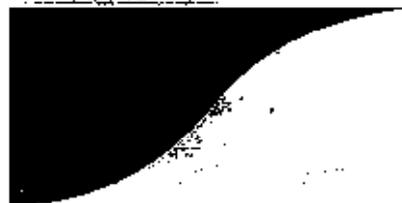


# Sozialdemokratischer Presse Dienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 pbbn d



## Inhalt

33. Jahrgang / 8

11. Januar 1978

Kurt Mattick nennt die Schließung des Ostberliner "Spiegel"-Büros durch die DDR einen Verstoß gegen "alle Vereinbarungen".

Seite 1-2

Egon Lutz MdB sichert Unterstützung bei der Schaffung von mehr Teilzeitarbeitskräften im öffentlichen Dienst zu.

Seite 3

Heinz Kreuzmann MdB zum DDR-"Manifest": Abrechnung mit Honecker ist noch keine neue Deutschlandpolitik.

Seite 4

Dieter Haak MdL fordert restlose Aufklärung der Affäre Poullain.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Presse Dienst GmbH  
Kölnner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Ein Verstoß gegen alle Vereinbarungen

-----  
Die DDR scheut die Auseinandersetzung um das "Manifest"

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Der Auftritt von Herrn Augstein im ZDF am 10. Januar 1978 war bedrückend. Beinahe magisch unheimlich trat er zweifelnden Fragen entgegen, als hätte er ein Geheimnis zu hüten, von dem das Gelingen einer weltbewegenden Verschwörung abhängt. Er hat der Sache, um die es gehen sollte, so weit man dies ahnen kann, keinen guten Dienst erwiesen.

Wie immer man diese Veröffentlichung beurteilt, es ist eine Dokumentation der Zustände in der DDR, die an sich jedem von uns, der sich laufend mit dem Problem beschäftigt, bekannt sind. Es gibt eine herrschende Klasse, die alle Privilegien besitzt. Es gibt eine Arbeiterklasse, die bevormundet, am Gängelband geführt wird und ohne jede

Freizügigkeit leben muß. Das kommunistische Herrschaftssystem ist reaktionär, und eine breite Schicht der leitenden Funktionäre lebt im Großen und Ganzen parasitenhaft.

Das schließt nicht aus, daß es auch viele in dieser Klasse gibt, denen das alles zum Halse heraushängt, aber der Teufelskreis hält sie gefangen. Nun hat dies alles vor kurzem ein Mann namens Bahro in seinem umfassenden Buch "Die Alternative" sehr präzise und ausführlich mit sachlichen Schlußfolgerungen dargelegt. Dieses Buch, eine brillante Herausforderung, hätte es verdient, in der westlichen Presse viel weitgehender analysiert und verbreitet zu werden.

Bahro wußte, daß die Veröffentlichung ihm den Rest seiner persönlichen Freiheit kosten würde. Er sitzt nun im Gefängnis. Die Herrschenden scheuen die Auseinandersetzung um den Inhalt dieser Schrift und wollen ihm daher den Prozeß wegen Agententätigkeit machen. Wir sollten uns der Sache so annehmen, wie es eben dem Mut dieses Mannes gebührt. Er, sowie auch die namentlich unbekannteren Funktionäre mittlerer und höherer Schichten sind alle bisher dennoch Kommunisten geblieben. Aber ihr Sinn für eine demokratische Gesellschaft nimmt zu.

Die Maßnahmen der DDR-Regierung gegen den "Spiegel" verstoßen gegen alle Vereinbarungen und müssen von uns energisch zurückgewiesen werden. Aber eines sollten wir begreifen: Die im Gange befindlichen Bewegungen in der DDR sowie im ganzen Osten sind im wesentlichen auf die Politik der Entspannung zurückzuführen. Nur der Abbau internationaler Spannungen und der Aufbau friedlicher Nachbarschaft gibt Raum für innere Auseinandersetzungen.

(-/11.1.1978/vo-he/ben)

+ + +

## Ein Minister packt es an

## Mehr Teilzeitarbeitskräfte im öffentlichen Dienst

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die SPD kann mit Genugtuung verzeichnen, daß einer ihrer Mannheimer Beschlüsse von dem zuständigen Bundesminister auf die Ebene der politischen Projektierung gehoben worden ist.

"Im öffentlichen Dienst sind vermehrt Arbeitsplätze für qualifizierte Teilzeitarbeitskräfte zu schaffen", beschloß der SPD-Parteitag. Bundesinnenminister Werner Maihofer erklärte vor der 19. Beamtenspolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtensbundes, die Umverteilung der Arbeit auf mehr Personen durch Teilzeitbeschäftigung böte sich als arbeitsmarktpolitisches Instrument an. Die Verdoppelung der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst in der Zeit von 1967 bis 1976 sei "ein Schritt in die richtige Richtung" gewesen. Als weitere Instrumente hob der Minister den Abbau von Überstunden und Nebentätigkeiten, sowie eine Verschieblichkeit von Altersgrenzen hervor. Vom Bundesinnenminister kann als sicher vorausgesetzt werden, daß ihm die dienst- und besoldungsrechtlichen Barrieren, an die eine weitere Zunahme qualifizierter Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst stößt, klar vor Augen stehen. Auf dem Boden der heutigen Voraussetzungen ist etwa eine nochmalige Verdoppelung der Teilzeitplätze schwer vorstellbar. Ganz zu schweigen von der versorgungsrechtlichen Problematik vorverlegter Altersgrenzen.

Dem Minister ist nach menschlichem Ermessen der Erfolg sicher, wenn er unverzüglich eine Vorlage für die notwendigen Korrekturen im Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht auf den gesetzgeberischen Weg bringt. Insbesondere die Frauenverbände und alle Politiker, denen die schlimme Situation der Frauen in der unterbeschäftigten Wirtschaft bewußt ist, werden Maihofer entschieden und engagiert zustimmen.

Das Fortschreiten in die als richtig erkannte Richtung braucht nicht auf den öffentlichen Dienst beschränkt zu bleiben. Von der Entwicklung in diesem Bereich konnten kräftige Impulse auch auf die Tarifpartner in der privaten Wirtschaft ausgehen.

Aber die Vermehrung von Teilzeitarbeitsplätzen und die gezielte Verschiebung von Pensionsgrenzen haben darüber hinaus einen Aspekt der Humanisierung der Arbeitswelt. An das Modell der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG) sei nachdrücklich erinnert, die meines Wissens als erste die arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten im Einklang mit den Humanisierungserfordernissen bei Arbeitsplätzen mit starker nervlicher und seelischer Belastung gesehen hat. Auch für ältere Arbeitnehmer kann Teilzeitarbeit ein Gebot der Vernunft und Fürsorglichkeit sein.

Bei dem dringend wünschenswerten Abbau von Überstunden und Nebentätigkeiten wird der Minister weitgehend auf das Mitziehen aller Dienstherren in den Ländern und Gemeinden angewiesen sein. Eine Dienstrechtsreform des Bundes wird ihre Wirkung als Vorbild und gutes Beispiel kaum verfehlen. Es gibt mehr als viel zu tun. Maihofer wird Unterstützung finden, wenn er es anpackt.

(-/11.1.1978/vo-he/gat)

+ + +

## Des Manifestes zweiter Teil

Abrechnung mit Honecker ist noch keine neue Deutschland-Politik

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen

Nun liegt uns auch der zweite Teil des sogenannten Manifestes des Bundes demokratischer Kommunisten Deutschlands vor. Man nehme es uns nicht als Arroganz: Auch das, was hier gesagt wird, bringt für den, der sich seit Jahren intensiv mit der DDR und ihren Problemen befaßt, nichts Neues. Was den einen oder anderen vielleicht noch beeindrucken kann, ist lediglich die Schärfe, mit der hier die Anklagen formuliert und vorgetragen werden, die Ansammlung der Details und ihre massierte Darstellung und die Tatsache, daß ausgerechnet Erich Honecker die ganze Wucht des Angriffs trifft. Was da über die Feists, über Hager, Norden und Lamberz enthüllt wird, hat man in der Tat auch schon früher in anderen Veröffentlichungen lesen können. So ist dieser sogenannte innere Teil des Manifestes eigentlich sein schwächstes Stück, wie alles, was in erster Linie von Emotionen getragen ist. Was ihm dennoch eine gewisse Resonanz sichern wird, ist die darin zum Ausdruck kommende Verbitterung über das Leben der Spitzenfunktionäre der angeblich klassenlosen Gesellschaft mit ihren Sonderbezugsrechten und Sonderdat-schen. Ohne Zweifel einer jener Punkte, bei denen der Stachel in der DDR-Bevölkerung am tiefsten sitzt.

Die SED hat in Erwartung dieses Teils des Manifestes, der ihre Verbitterung verständlicher macht als der erste, wiederum Breitseiten gegen den "Spiegel", den Bundesnachrichtendienst und das Gesamtdeutsche Institut abgeschossen. Die Fabrikationstheorie offizieller Stellen der Bundesrepublik spielt dabei eine ganz große Rolle. So albern diese Behauptungen sind, so wenig wird sie die SED sich ausreden lassen. Das Dünkste, was ihr dabei einfiel, ist die angebliche Mitwirkung des Gesamtdeutschen Instituts. Daß der Bundesregierung das Manifest manche Fragen offen läßt, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Kann ihr im jetzigen Zeitpunkt der wieder aufgenommenen Gespräche an der Fabrikation eines solchen Elaborates gelegen sein und paßt es in die ganze Linie Ihrer Politik gegenüber der DDR? Ist nicht die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Manifest aus der Verbitterung kleinerer und mittlerer Funktionäre stammen könnte, durchaus denkbar, vor allem wenn man die gebotenen "Enthüllungen" und das dahinterstehende Wissen kritisch prüft?

Das ändert nichts an der Tatsache, daß mit diesem Schlußteil die Absichten, die die Verfasser mit der Veröffentlichung verfolgen, noch undurchsichtiger werden. Konnte man beim ersten Teil des Manifestes noch patriotische Antriebskräfte oder die Verzweiflung der Ausweglosigkeit der Situation vermuten, so lassen die böartigen Attacken auf Honecker auch noch andere Überlegungen offen bis hin zu der Frage, ob hier SED-interne Machtkämpfe über das Medium Bundesrepublik ausgetragen werden sollen? Wie gesagt, Jubel ist hier nicht am Platze. Und wer da glaubt, wie manche CDU-Kreise, ein neuer 17. Juni stünde kurz vor der Tür, der kann sich dabei gewaltig in den Finger schneiden.

(-/11.1.1978/vo-hz/ja)

Affäre Poullain muß restlos aufgeklärt werden

Gesetzentwurf zur besseren Kontrolle der WestLB jetzt zügig beraten

Von Dr. Dieter Haak MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Die Affäre um den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank (WestLB), Ludwig Poullain, muß nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion NRW restlos aufgeklärt werden. Noch in dieser Woche, in einer gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags, erwartet die Fraktion, daß alle Einzelheiten ohne Rücksicht auf Personen auf den Tisch kommen; allerdings steht für uns jetzt schon, nach nur teilweiser Kenntnis der Verstrickung von Poullain, fest: Es ist im Interesse unseres Landes gut, daß Poullain nicht mehr Vorstandsvorsitzender der Staats- und Kommunalbank WestLB ist.

Wir erwarten vom Verwaltungsrat der WestLB, daß er den Abfindungsvertrag, mit dem der Präsidialausschuß der Bank das Ausscheiden von Poullain erreicht hat, genau überprüft und ihn nach Möglichkeit nichtrechtsgültig werden läßt, um damit die hohen Abfindungszahlungen an Herrn Poullain zu vermeiden.

Die Opposition in Nordrhein-Westfalen hat, nachdem sie vorher wochenlang zum Fall Poullain geschwiegen hatte, versucht, aus der Affäre Poullain eine Waffe gegen Finanzminister Halstenberg zu schmieden. Dies ist ihr nicht gelungen. Von einem Rücktritt des Finanzministers ist in der Regierung ebenso wenig die Rede gewesen wie in den Gremien der SPD-Landtagsfraktion; und auch der Koalitionspartner hat erklärt, daß er den Rücktritt Halstenbergs nicht fordert.

Allerdings ist in der SPD-Fraktion Kritik an dem Verhalten Halstenbergs vor der Wiederwahl Poullains am 2. Dezember 1977 geäußert worden. Entgegen der Übung ist diese Wiederwahl im Fraktionsvorstand nicht besprochen worden und nicht bekannt gewesen. Nach der Kenntnis des Ermittlungsverfahrens gegen Poullain und der Millionenzahlung an ihn hätte der Finanzminister versuchen sollen, diese Wiederwahl zu verhindern. Allerdings fand auch die schwierige Lage, in der sich Halstenberg vor dieser Entscheidung befand, ein gewisses Verständnis in der Fraktion. Eine derartige Kritik unter Parteifreunden ist in einer Demokratie nicht unüblich und hat zu keiner ernststen Verstimmung geführt; auch Halstenberg selbst hat erklärt, er halte es für demokratisch, gegebenenfalls Kritik entgegenzunehmen.

Der schon Mitte Dezember angekündigte Gesetzentwurf, mit dem die SPD-Landtagsfraktion eine bessere Kontrolle der WestLB erreichen will, liegt jetzt auf dem Tisch. Wir hoffen, daß er in sachlicher Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen des Landtags zügig beraten werden kann.

(-/11.1.1978/hl/ja)